

## Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

**Sitzungstermin:** Dienstag, 02.10.2012  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Pohlmann, Marianne

#### **SPD-Fraktion**

Davids, Walter  
Meinen, Regina  
Scheffel, Enno  
Stöhr, Friedrich  
Südhoff, Johann

#### **CDU-Fraktion**

Odinga, Hinrich für Benedikt Rosenboom  
Ohling, Albert

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Baumfalk, Britta  
Stolz, Wulf-Dieter für Christine Schmidt

#### **FDP-Fraktion**

Fooken, Ralf

#### **Beratende Mitglieder**

Peper, Arno Leiter des Polizeikommissariats Emden  
Tuitje, Ingo Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr

#### **Verwaltungsvorstand**

Docter, Andreas Stadtbaurat

#### **von der Verwaltung**

Ahten, Okko  
Grendel, Volker  
Lenz, Bernd  
Tuitjer, Berthold  
Hillrichs, Andreas

#### **Protokollführung**

Spannhoff, Hannelore

# Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Frau Pohlmann eröffnet die Sitzung.

#### **Beschluss:**

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Pohlmann** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 10 vorzuziehen und nach TOP 7 zu behandeln.

Zu TOP 5 weist Frau Pohlmann darauf hin, dass die Angelegenheit bereits im letzten SOB Ausschuss abschließend behandelt worden sei. Die Verwaltung setze den Beschluss nunmehr um.

#### **Beschluss:**

Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

### **TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 2 vom 4.7.2012**

**Herr Stolz** moniert, dass das Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung heute nicht beraten werden könne, weil für diese Sitzung kein nicht öffentlicher Teil vorgesehen sei.

**Frau Pohlmann** verweist auf die nächste nicht öffentliche Sitzung.

**Herr Stolz** wendet ein, dass dieser Ausschuss leider nur selten nicht öffentlich tage.

**Herr Docter** sagt für die nächste Sitzung einen nicht öffentlichen Teil zu, auch wenn dieser eventuell ausschließlich der Beratung des letzten Protokolls diene.

#### **Beschluss:**

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung Nr. 2 vom 4.07.2012 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

### **TOP 4     Einwohnerfragestunde**

Herr **Holger Davids** moniert, dass seine Anfragen zum Thema Anleinplicht nicht beantwortet worden seien.

**Herr Grendel** wiederholt seine Aussage aus er letzten Sitzung, dass die Initiative zur Anleinplicht aktuell von der Politik mittels gestellter Anträge ausgehe und die Verwaltung auf Grund der seinerzeit ablehnenden Haltung zur Beschlussvorlage 2008 keine Veranlassung gesehen habe, zwischenzeitlich detaillierte Daten zu erheben. Die Fragen von Herrn Davids seien des Weiteren fachübergreifend und könnten insoweit nur über das Beschwerdemanagement abgearbeitet werden. Herr Grendel bietet Herrn Davids jedoch ein persönliches Gespräch in den Bürozeiten an.

**Frau Pohlmann** weist noch einmal darauf hin, dass ausschließlich Fragen zur Tagesordnung gestellt werden könnten.

## **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

### **TOP 5     Ausweitung der Anleinplicht auf den Wallanlagen Vorlage: 16/0374/1**

**Herr Odinga** fragt, wie die Anleinplicht durchgesetzt werden solle und ob bei Verstößen Sanktionen vorgesehen seien.

**Herr Grendel** erklärt, dass die Verordnung entsprechende Regelungen enthalte, die tatsächliche Kontrolle vor Ort jedoch für den Stadtordnungsdienst eine zusätzliche Aufgabe sei, die zur Reduzierung der Überwachung in anderen Bereichen (Verkehrsüberwachung, Ordnungsdienst, Ermittlung und Vollzug) führen werde.

### **Beschluss:**

Die nachstehende **2. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Festsetzung und die Art und Weise der Anbringung von Hausnummern in der Stadt Emden** wird beschlossen und tritt nach Veröffentlichung zum 01.01.2013 in Kraft.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

### **TOP 6      Änderung der Sondernutzungssatzung Vorlage: 16/0452**

**Herr Grendel** erläutert, dass die Satzungsänderung erfolge, um Handlungsmöglichkeiten zu bekommen, wenn zum Beispiel Sperrgut vor dem Abfuhrtermin an die Straße gestellt werde. Dies sei auf Wunsch des BEE in die Satzung eingearbeitet worden..

#### **Beschluss:**

Die anliegende **1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten in der Stadt Emden** wird beschlossen und tritt nach Veröffentlichung zum 01.01.2013 in Kraft.

**Ergebnis:** einstimmig

### **TOP 7      11. Satzung zur Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26.06.1975. Vorlage: 16/0412**

**Herr Lenz** erklärt, dass die Position des Stadtschiffführers bisher in Personalunion besetzt war. Durch Neuverteilung der Aufgaben seien im Kommando jetzt 4 statt 3 Funktionsträger vorgesehen.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 16/0412 als Anlage beigefügte 11. Satzung zur Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26.06.1975.

**Ergebnis:** einstimmig

## **MITTEILUNGSVORLAGEN**

### **TOP 8      Sachstandsbericht Großraum- und Schwertransporte Vorlage: 16/0450**

**Herr Grendel** berichtet über einen starken Anstieg der Schwertransporte und der daraus folgenden Arbeitsbelastung der Mitarbeiter (2002 = 753 Verfahren; 2012 = ca. 9000 Verfahren). Die Gründe und Folgen stellt er in einer ausführlichen Präsentation dar.

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

**Herr Odinga** möchte wissen, ob alle genehmigten Transporte auch tatsächlich durchgeführt würden und wie die Gebührenfestsetzung aussehe.

**Herr Fooken** stellt die Frage, ob die Vielzahl der Genehmigungen fachlich notwendig sei. Eventuell sei es sinnvoll, Längen und Breiten der genehmigungspflichtigen Transporte heraufzusetzen.

**Herr Grendel** beantwortet die Frage von Herrn Odinga dahingehend, dass die Zahl der Transporte später tatsächlich nicht mehr nachvollziehbar sei. Durch frühzeitige Antragstellung können die Unternehmen in der Regel noch nicht endgültig festlegen, mit welcher Fahrzeugkombination das Transportgut gefahren wird, jedoch verlangt die statische Prüfung der Brücken auf den Straßen des Bundes und Landes ein genaues Lastbild. Dies führe zu vielen Anträgen, die später teilweise nicht in Anspruch genommen würden. Andererseits umfasse eine Genehmigung in der Regel mehrere Transporte, die teilweise auch im Konvoi fahren..  
Zu dem Verfahrensweg ist zu sagen, dass die Stadt Emden bei Transporten überwiegend Anhörungsbehörde ist und nur die letztendlich genehmigende Behörde, bei der Fa. Enercon häufig die Stadt Aurich, Gebühren für das Verfahren in Rechnung stellen kann.

Bei einem Abbau der Bürokratie im Sinne der Frage von Herrn Fooken hält Herr Grendel es für fragwürdig, ob die nötige Sicherheit ohne eine adäquate Begleitung gewährleistet werden könne. Dies gelte insbesondere bei entgegenkommendem Überbreiten und beim Überholen von überlangen Fahrzeugen. Wenn der „normale“ Verkehrsteilnehmer hier die erforderliche Information und Warnung durch die vorne und hinten absichernden Fahrzeuge nicht mehr erhalte, könne dies zu erheblichen und schwerwiegenden Unfällen führen.

Dennoch halte auch er eine Überarbeitung der einschlägigen Richtlinien aus dem Jahr 1992 für dringend geboten, insbesondere hinsichtlich der vorgegebenen Maßgrenzen und der Art und Ausführung der Begleitung. Hierfür seien jedoch Bund und Land zuständig.

**Herr Docter** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Bahnausbau nach Aurich vorangetrieben werden sollte. Dieses würde die Straße entlasten, insbesondere da die Anzahl der Schwertransporte auch nach Aussage der Firma Enercon zunehmen werde.

**Frau Baumfalk** weist auch auf den Bahnausbau hin und fragt, ob immer größere Transporte auch einen Ausbau der Knotenpunkte bedingen.

**Herr Grendel** gibt zu bedenken, dass größere Windmühlen größere Bauteile und somit größere Transporte zur Folge haben. Der Bahnausbau sei wichtig, aber nicht die Lösung aller Probleme. Auch die regelmäßige Anpassung der Verkehrsknoten an größere Transporte sei finanziell aufwendig und habe in der Regel negative Auswirkungen auf den Normalbetrieb.

**Herr Stolz** thematisiert alternative Transportmöglichkeiten, zum Beispiel in Form von Cargoliftern.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

### **TOP 9 Einführung eines Nationalen Waffenregisters (NWR) Vorlage: 16/0451**

**Herr Grendel** erläutert die bevorstehende Einführung eines nationalen Waffenregisters und belegt den großen Umfang der seitens der Kommunen einzubringenden Arbeitsleistung, die kleinere Waffenbehörden (wie die Stadt Emden) fast überfordere.

**Herr Odinga** schlägt vor, für Waffenbesitzer beim Einwohnermelderegister einen Eintrag vorzunehmen, so dass im Todesfall der Verbleib der Waffen überprüft werden kann.

**Herr Grendel** informiert, dass es diesen wichtigen Hinweis bereits gibt und auf Grund von Vorfällen in der Vergangenheit auch das Vererben von Waffen neu geregelt und erschwert wurde.

**Herr Odinga** möchte wissen, ob die Waffenbesitzkarten entsprechend angepasst werden.

**Herr Grendel** bestätigt dies.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 10 Verordnung über Sperrzeiten für Gaststätten und Vergnügungsstätten (SperrzeitVO) Anfragen der SPD-Fraktion vom 03.09.2012 und der FDP-Fraktion vom 09.09.2012 Vorlage: 16/0453**

**Herr Grendel** erläutert auf Grundlage der Anfragen und einer früheren Präsentation der damaligen Leiterin des PK Emden, Frau Oldiges, den Sachstand und gibt einen Rückblick auf die Regelungshistorie, die Aufhebung der Sperrzeit zum 1.11.2006 und die Änderung der Zuständigkeiten in diesem Bereich. Der Rat habe die Möglichkeit, zur Entschärfung der Situation eine generelle Sperrzeitverordnung zu beschließen. Die ebenfalls geprüfte Schließung einzelner Lokale als geringerer Eingriff, führe nach bereits vorliegenden Erkenntnissen nur zu einer Verlagerung der Probleme in andere Gaststätten.

Der der Tagesordnung beigefügte Verordnungsentwurf werde als Diskussionsgrundlage vorgestellt. Er bitte abschließend um eine Aussage der Politik, ob eine solche Verordnung seitens der Verwaltung weiter verfolgt werden solle. Als nächsten Schritt würde die Verwaltung dann in eine inhaltliche Diskussion mit der DeHoGa, der IHK und den Gastronomen eintreten.

**Herr Scheffel** sieht auch im Namen seiner Fraktion durchaus Handlungsbedarf.

**Herr Fooken** stimmt Herrn Scheffel zu. Leider sei die Notwendigkeit gegeben, eine Regelung zu treffen.

**Herr Odinga** sagt, dass seine Fraktion die Sache mittrage. Er äußert sich erschüttert über die Zustände am frühen Morgen des Erntedankfestes in der Innenstadt.

**Herr Stolz** gibt zu bedenken, dass man das Problem dadurch ursächlich nicht löse

**Herr Grendel** weist darauf hin, dass es sich bei dieser Maßnahme nur um einen Baustein handle. Die Fachbereiche 500 und 600 bearbeiteten die Problemsituation ebenfalls in verschiedenen Projekten und auch seitens der Polizei würde viel unternommen.

**Herr Stolz** betont, dass die frühkindliche Erziehung zu fördern sei, denn die Entwicklung in den ersten 3 Lebensjahren elementar.

**Frau Pohlmann** stimmt dieser Aussage grundsätzlich zu, jedoch sei diesbezüglich eine kurzfristige Lösung nicht möglich.

## **Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice**

**Herr Peper** berichtet über die Thematik aus Sicht der Polizei. Die Sperrzeit in Oldenburg wurde polizeilich befürwortet. Der Ansatz liege darin, eine nächtliche Versorgungslücke von ca. 2 Stunden zu erreichen. Dies hat sich in Oldenburg bewährt, so dass es zu einer deutlichen Reduzierung der Straftaten in den Morgenstunden kam. Dazu gibt es aussagekräftige Zahlen. In der Nacht von Freitag auf Samstag wurden in der Zeit von 20 Uhr bis 7 Uhr 39% weniger polizeiliche Einsätze und für den Zeitraum 5 Uhr bis 7 Uhr sogar 50% weniger polizeiliche Einsätze dokumentiert.

Für die Nacht von Samstag auf Sonntag liegen ähnlich Zahlen vor.

**Frau Pohlmann** dankt für die Ausführungen und bittet die Verwaltung, tätig zu werden.

### **Ergebnis:**

Zustimmend Kenntnis genommen

## **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN**

### **TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

**Herr Grendel** berichtet über die Parkregelungen für Behinderte in der Innenstadt.

### **TOP 12 Anfragen**

Keine Anfragen

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.